



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion „Justiz, Freiheit
und Sicherheit“

BÜRGERINFO

Aktionsplan zur Verbesserung der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Sicherheit in der EU

Worum geht es?

Bei den meisten terroristischen Angriffen in den letzten 50 Jahren kamen Sprengkörper oder Schusswaffen zum Einsatz. Heute muss jedoch damit gerechnet werden, dass terroristische Organisationen **chemisches biologisches, radiologisches oder nukleares (CBRN)** Material verwenden – dies hätte zahlreiche Todesopfer und erhebliche wirtschaftliche Beeinträchtigungen zur Folge.

Um diese Bedrohung so gering wie möglich zu halten, muss frühzeitig gehandelt werden.

Was genau wird sich ändern?

Maßnahmen des Aktionsplans umfassen:

- Bereitstellung finanzieller Unterstützung
- Vorbereitung von Studien und Sitzungen
- Maßnahmen für
 - die Einstufung der gefährlichsten CBRN-Substanzen
 - die Ermittlung **bewährter Verfahren** in verschiedenen Bereichen
 - die Einrichtung neuer Systeme für den Informationsaustausch.

Wer hat einen Nutzen?

Die **EU-Bürger** wären **besser** vor Zwischenfällen mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Substanzen **geschützt**. In dem Aktionsplan sind in drei Schlüsselbereichen über 130 Maßnahmen genannt, die die EU, die Mitgliedstaaten und die Industrie ergreifen könnten:

- **Vorbeugung** – indem der unerlaubte Zugang zu CBRN-Material so schwer wie möglich gemacht wird; Schutz des Materials, um das Risiko, dass es verloren geht oder gestohlen wird, zu verringern;



- **Erkennung** – Verbesserung des Einsatzes von Systemen zur Erkennung von CBRN-Material in der gesamten EU;
- **Bereitschaft und Reaktion** – wirksames Eingreifen und rasche Bergung; Verbesserung des Austauschs von Informationen zwischen EU-Ländern, um schneller reagieren zu können; Ausstattung von Ersthelfern mit den erforderlichen Mitteln, die es ihnen ermöglichen, Leben zu retten und die Beschädigung von Eigentum zu begrenzen.

Warum muss die EU tätig werden?

Die EU öffnet sich immer mehr und die Abhängigkeit ihrer Mitgliedstaaten untereinander wächst. Für Menschen, Ideen, Technologien und Ressourcen gibt es innerhalb Europas keine Grenzen, wodurch sich seine Attraktivität für Terroristen erhöht.

Für die Sicherheit sind zwar die Regierungen der Mitgliedstaaten verantwortlich, doch im Bereich der **Koordination** muss die EU tätig werden, da:

- auf **internationalen Terrorismus** auch mit einer **internationalen Antwort reagiert werden muss**,
- in einer EU ohne Binnengrenzen alle Länder **über vergleichbare Mindestsicherheitsniveaus verfügen** müssen, so dass sich niedrigere Sicherheitsstandards in einem Land nicht negativ in einem anderen auswirken,
- **Größenvorteile** erzielt werden können, wenn bewährte Verfahren auf EU-Ebene ermittelt und verbreitet werden.

Wann dürfte der Aktionsplan umgesetzt werden?

Juni 2009 – Annahme durch die Kommission

Zweite Jahreshälfte 2009 – Diskussionen mit Vertretern der EU-Länder im Rat

2010 – Durchführung

